

Änderungsanträge zum Leitantrag zum Landesparteitag im Dezember 2023

Antragstellerin: Sozialistische Linke NRW

Der Landesparteitag möge folgende Änderungen beschließen:

1. Überschrift

Zeile 4:

ergänzen um:

„...: Wir stehen an der Seite der Lohnabhängigen“

Begründung:

Ohne diese Ergänzung bliebe der Titel des Leitantrags völlig inhaltsleer.

2. Klima

Zeile 139 – 140:

„Für eine nachhaltige Energiewende müssen die Energiekonzerne vergesellschaftet werden. Strom- und Wärmenetze gehören in die öffentliche Hand und müssen demokratisch kontrolliert werden.“

ersetzen durch:

„Damit eine Energiewende gelingen kann, müssen energieintensive Unternehmen öffentlich unterstützt werden. Das muss mit Anreizen für Energieeinsparungen und der Verpflichtung auf den nötigen Umbau, Tariftreue und Standortsicherung verbunden werden. Unternehmen, die eine sehr kostenintensive Umstellung von fossiler Energie auf klimaneutrale Produktion vornehmen soll die Differenz zwischen den CO₂-Vermeidungskosten und dem CO₂-Zertifikationspreis erstattet werden. So bleiben Industriebetriebe wettbewerbsfähig und Beschäftigung kann geschützt werden. Diese Maßnahmen sind ebenso zur Entlastung kleiner und mittlerer Unternehmen anzupassen.“

In NRW von besonderer Bedeutung für eine gelingende Transformation ist die hiesige Stahlindustrie. Damit die Arbeitsplätze (45.000 in der Stahlindustrie und mehrere Hunderttausend bei Zuliefererunternehmen) und die Produktion von sauberem Stahl gesichert werden können, braucht es Investitionen in zweistelliger Milliardenhöhe. Diese Summe kann keines der Unternehmen selbstständig stemmen. Um zu verhindern, dass die öffentliche Hand die Risiken trägt und die Gewinne am Ende in den Taschen der Aktionäre landen, muss das Land NRW sich in Form einer gemeinwohlorientierten Industriestiftung an den Unternehmen dieser Schlüsselindustrie beteiligen. Durch die demokratische Kontrolle der Stiftung durch Belegschaften, Gewerkschaften und andere gesellschaftliche Akteure kann der Umbau gerecht gestaltet und Beschäftigung langfristig gesichert werden.

Die LINKE NRW sieht einen ihrer Arbeitsschwerpunkte in der Transformation der Stahlindustrie im Ruhrgebiet.“

Begründung:

Der Leitantrag fällt hier weit hinter die Positionen unserer Bundespartei zurück, die im Papier „Den Umbau gerecht gestalten“ beschlossen wurde. Dieses Papier wurde auch von unseren Landesvorsitzenden unterschrieben. Die Bundespartei knüpft hier an die Diskussionen unserer wichtigsten Bündnispartner, den Gewerkschaften, an. Das dürfen wir uns nicht verbauen. Die deutsche Stahlindustrie ist zu einem großen Teil in NRW angesiedelt. An dieser Industrie hängt das Gelingen einer sozial-ökologischen Transformation und die wirtschaftliche Zukunft einer ganzen Region. Deswegen MUSS die LINKE NRW als Partei der abhängig Beschäftigten hier einen Schwerpunkt ihrer Arbeit sehen.

3. Haltung Rechtsextremismus

Zeile 25: „Es darf ...“ bis Zeile 31: „Sozialdarwinismus entgegentreten“ streichen.

Begründung:

Die im Antrag folgende Aussage, dass Haltung allein nicht ausreicht, um Rechtsextremismus zu schwächen ist unglaubwürdig, wenn zuvor so viel Gewicht auf die Selbstversicherung einer richtigen Haltung gelegt wird. Antirassismus und Antifaschismus sind im Erfurter Programm bereits als selbstverständliche Inhalte der Partei benannt, es ist also auch unnötig sich dieser Haltungen immer wieder zu vergewissern. Das ist keine Aufgabe eines Leitantrags.

4. Verhältnis Bewegungen und Partei

Zeile 260:

„Die Partei muss Ausdruck der Bewegungen in den Parlamenten sein.“

ersetzen durch:

„Die Linke ist eine Mitgliederpartei, strebt Bündnisse mit emanzipatorischen Bewegungen an und bringt gemeinsame Positionen in den Parlamenten zum Ausdruck.“

Begründung:

Wir sind eine Partei und unsere Positionen, auch die, die in den Parlamenten vertreten werden, bestimmen unsere Mitglieder. In Bündnissen sollten wir mitwirken und, wenn sinnvoll, die Positionen übernehmen, aber auch dort unsere eigenen Positionen einbringen und diskutieren. Zudem sind „Bewegungen“ hier nicht definiert.

5. „Sozial-/Armutskonferenz soll [...]“

Zeile 306:

Die auf dem letzten Landesparteitag beschlossene „Sozial-/Armutskonferenz soll [...]“
Einfügen: „Die **nicht** auf dem letzten Landesparteitag behandelte Sozial-/Armutskonferenz soll [...]“

Begründung:

Der LaVo gibt dies hier nicht korrekt wieder:

Die Anträge konnten nicht mehr abgestimmt werden und mussten aus Zeitgründen und wegen Priorisierung anderer Aktivitäten an den LaVo überwiesen werden. Der LaVo lehnte es damals explizit ab, stattdessen ein „Symposium Sozialstaat“ zu veranstalten, das neben Betroffenheit über Armut auch neue Sozialstaatskonzepte hätte entwickeln sollen.